

**Pressesprecher  
Bernd Sanders**Landeshaus  
24100 Kiel  
Telefon 0431-988-1440  
Telefax 0431-988-1444  
Internet: <http://www.cdu.ltsh.de>  
e-mail: [info@cdu.ltsh.de](mailto:info@cdu.ltsh.de)**PRESSEMITTEILUNG****Nr. 351/01 vom 29. August 2001****Jost de Jager: Eigenauswahl von Studierenden durch die  
Hochschulen fördert Wettbewerb und Profilbildung**

Als einen zaghaften Schritt in die richtige Richtung hat der hochschulpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Jost de Jager, Pläne bezeichnet, das starre Auswahlverfahren von Studierenden durch die ZVS aufzuweichen und den Hochschulen im Rahmen von Eigenauswahlmöglichkeiten größere Freiräume einzuräumen. Dadurch werde die Profilbildung und der Wettbewerb der Hochschulen untereinander gestärkt.

Allerdings lägen in der Eigenauswahl von Studierenden für schleswig-holsteinische Hochschulen Chancen und Risiken zugleich. Schließlich müssten die Hochschulen des Landes "mit dem Ballast einer dramatischen Unterfinanzierung" in den Wettbewerb um die besten Studierenden eintreten, so de Jager. Für einen fairen Wettbewerb gehören aber Eigenauswahl und Ausstattung zusammen. Damit die Hochschulen tatsächlich eine echte Wahl unter den Studierenden haben können, müssen sich die Rahmen- und Studienbedingungen in Schleswig-Holstein spürbar verbessern.

Um die Möglichkeiten der Eigenauswahl zu vergrößern, bedarf es nach Angaben de Jagers jedoch einer Änderung des Hochschulrahmengesetzes. Dies gehe aus einer Umfrage unter allen Hochschulen des Landes hervor, die die CDU-Fraktion bereits vor der Sommerpause gestartet hat. Danach werden die bisherigen Möglichkeiten einer Eigenauswahl von bis zu 20 Prozent der Studierenden deshalb kaum genutzt, weil nach geltendem Recht abgewiesene Studierende unter Umständen hinterher durch die ZVS doch wieder zugewiesen werden können. Zudem fehlen den Hochschulen die personellen Kapazitäten, weil der Aufwand bislang in keinem Verhältnis zum Ergebnis steht.

De Jager: "Lippenbekenntnisse reichen jetzt nicht mehr aus. Die Landesregierung ist gefordert, mit Hilfe einer Bundesratsinitiative zur Änderung des Hochschulrahmengesetzes die gesetzlichen Voraussetzungen für eine erweiterte Eigenauswahl durch die Hochschulen zu schaffen. Wichtig ist, dass die Hochschulen das Recht erhalten, bis zu 50% ihrer Studierenden nach eigenen Kriterien auszuwählen. Dies hat für alle Fächer zu gelten. Bedingung ist, dass dieses Auswahlverfahren der Vergabe der Studienplätze durch die ZVS vorgeschaltet sein muss. Dies hat die CDU bereits 1999 gefordert. Mittelfristig ist über eine Abschaffung der ZVS insgesamt nachzudenken." Die CDU-Landtagsfraktion werde vor diesem Hintergrund eine entsprechende Landtagsinitiative für die nächste Sitzung einbringen.